

Bürgerhilfe gGmbH – Lahnstraße 86a – 12055 Berlin

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit, Soziales

Frau Senatorin Elke Breitenbach MdB

senatorin@senias.berlin.de

Herrn Staatssekretär Alexander Fischer

BueroStSFischer@senias.berlin.de

Senatsverwaltung Gesundheit, Pflege, Gleichstellung

Frau Senatorin Dilek Kalayci MdB

Senatorin@sengpg.berlin.de

Herrn Staatssekretär Martin Matz

StSMBuero@sengpg.berlin.de

Senatsverwaltung für Finanzen

Herrn Senator Dr. Matthias Kollatz

senatorenbuero@senfin.berlin.de

Herrn Staatssekretär Frédéric Verrycken

Thomas.Haeki@senfin.berlin.de

Entgeltstelle Soziale Dienstleistungen

Frau Dr. Annika Lange

Annika.Lange@senfin.berlin.de

Lahnstr. 86a
12055 Berlin

Telefon: +49 30 6840928 – 160

Telefax: +49 30 6840928 – 170

post@buergerhilfeberlin.de

www.buergerhilfeberlin.de

Bank Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE38100205000003209300
BIC BFSWDE33BER

St.-Nr.: 27/028/37448

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht

Unser Zeichen
GS/HC

Datum
01.11.21

Wir müssen schließen!

Letzter Appell an die Berliner Landespolitik zum Erhalt der EINZIGEN Krisen- und Clearingeinrichtung für Frauen mit 16 Plätzen für GANZ Berlin!

Sehr geehrte Frau Senatorin Breitenbach,
sehr geehrte Frau Senatorin Kalayci,
sehr geehrter Herr Senator Dr. Kollatz,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Fischer,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Matz,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Verrycken,
sehr geehrte Frau Dr. Lange,

die Situation der einzigen Krisen- und Clearingeinrichtung für Frauen in ganz Berlin ist für die Bürgerhilfe Kultur des Helfens gGmbH nicht mehr tragbar, da die Verluste durch mangelnde Belegung, Versagung bzw. extreme Befristung von Kostenübernahmen, aufwändigste Zuständigkeitsklärungen sowohl zwischen Bezirken als auch zwischen Sozialhilfe, Eingliederungshilfe bzw. Jugendhilfe und teure sowie langwierige sozialrechtliche Auseinandersetzungen auch das gesamte Unternehmen in eine bedrohliche betriebswirtschaftliche Schieflage bringt. Zu einer aktiven, langwierigen Durchsetzung vorhandener rechtlicher Ansprüche sind die betroffenen **Frauen in extremen psychischen, physischen und finanziellen psychosozialen Notlagen** nicht in der Lage und es ist ihnen auch nicht zuzumuten.

Wir schließen nicht, weil es keinen Bedarf an diesem besonders wertvollen und in Berlin einzigartigen Angebot gibt.

Wir schließen nicht, weil es an Bekanntheit dieses Angebotes in allen Hilfenetzwerken Berlins und weit darüber hinaus mangelt.

Wir schließen, weil der Berliner Senat und die Berliner Bezirke trotz der bekannten Situation seit Jahren nicht handeln!

Im Jahr 2012 begannen die ersten Gespräche mit Land und Bezirken, seit spätestens 2015 haben wir gemeinsam mit allen anderen Krisen- und Clearingeinrichtungen der Stadt und mit großer Unterstützung unserer vielfältigen Netzwerke dem Land Berlin - insbesondere der damaligen **Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales** - klargemacht, dass das Verfahren der Basiskorrektur im Planmengenverfahren vor allem im Bereich der Hilfen gem. § 67 ff. SGB XII mittel- und langfristig zu einem Schwund innerhalb der Angebotslandschaft führen wird und nach der bereits erfolgten Schließung der letzten Krankenwohnung als nächstes den Leistungstyp Krisen- und Clearingeinrichtung treffen wird.

Seit spätestens 2018 haben wir dem Land Berlin – insbesondere der **Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Soziales** – mehrfach alternative Finanzierungsmodelle vorgelegt, deren Vorteile für alle Beteiligten hervorgehoben und aufgezeigt, dass Bereich Soziales UND der Bereich Gesundheit, ggf. sogar unter Beteiligung des Bereiches Jugend, für die betroffenen Frauen eine GEMEINSAME Lösung finden sollten.

Leider hat das Land Berlin nicht reagiert.

Nun ist es soweit:

Wir müssen aufgeben und werden unsere Einrichtung spätestens zum 31.03.2022 schließen.

Im Interesse sowohl der betroffenen Frauen, als auch der betroffenen Mitarbeiterinnen werden wir dieses Ende nicht still und leise hinnehmen, sondern das aus unserer Sicht unverantwortliche Nicht-Handeln des Landes Berlin mit gravierenden Nachteilen für betroffene Frauen in Berlin öffentlich machen und medienwirksam begleiten. Zudem werden wir den Untergang eines weiteren Leistungstyps und unserer frauenspezifischen Einrichtung öffentlichkeitswirksam sowie in unseren gesamten Netzwerken darstellen.

Diesen Appell versenden wir an die fachlich zuständigen Ausschüsse und Fraktionssprecher*innen sowie an die Fraktionsvorstände des Berliner Abgeordnetenhauses.

Bisher hatten wir nicht den Eindruck, dass das Land Berlin an einer Lösung interessiert ist. Sollte sich das geändert haben, **handeln Sie jetzt!**

Wir erwarten Ihre Rückmeldung bis spätestens 30.11.2021.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Christ
Geschäftsführerin